

Die Wahrheit über den Landarbeiterstreik in Hinterpommern

Über den Streik der Hinterpommerschen Landarbeiter werden sehr viele falsche Nachrichten verbreitet. Die Organisation der Landarbeiter wird öffentlich beschuldigt, den Streik seit langem vorbereitet und ohne Grund provoziert zu haben. Wenn man erfährt, daß alle diese Nachrichten aus einer und derselben Quelle, aus der Geschäftsstelle des Pommerschen Landbundes stammen, dann weiß man ihren Wert richtig einzuschätzen.

Der Landarbeiterverband hat weder den Streik in Hinterpommern vorbereitet, noch hat er durch eine einzige Handlung zu dem Streik beigetragen. Die Hinterpommerschen Landarbeiter sind ganz aus sich selber zur Arbeitseinstellung geschritten, ehe alle Schiedsinstanzen durchlaufen waren, weil sie seit Monaten von dem Pommerschen Landbund in der unverantwortlichsten Weise behandelt wurden. Sie haben seit Monaten auf eine Verbesserung des sogenannten Zwangsarbeitsgedrungen, dessen Lohnsätze durch die fortschreitende Steigerung der Preise gerade für die unentbehrlichsten Bedarfsartikel des Landarbeiters längst überholt waren. In allen übrigen Provinzen Preußens und im übrigen Deutschland haben die landwirtschaftlichen Arbeiter im Laufe der letzten Monate anerkannt, daß die Verhältnisse sich zu Ungunsten der Landarbeiter verändert haben und haben sich zu einer verhältnismäßigen Erhöhung der Löhne verstanden.

In Hinterpommern hatte es aber der Pommersche Landbund, hinter dem die Herren von Wangenheim, von Herzberg, Pottin und andere stehen, sich vorgenommen, die Organisation der Arbeiter zu zertrümmern, um wieder die unbeschränkte Macht über ihre Arbeitskräfte zu erlangen. Als die Rechtsgrundlage des Zwangsarbeits aufgehoben war, wählten die Arbeiter in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Vertrages einzutreten. Der Schlichtungsausschuß wurde angerufen, in dem die Arbeitgeber und einige Arbeitnehmervertreter vom Pommerschen Landbund sich dafür entschieden, nicht einen Tarif für den ganzen Regierungsbezirk, sondern durch die Spruchkammern der einzelnen Kreise Tarife abzuschließen zu lassen.

Es bestand nun nach Ansicht der Landarbeiter die Gefahr, daß die Arbeitnehmervertreter des Pommerschen Landbundes in den einzelnen Spruchkammern mit den Arbeitgebern zusammen eine Mehrheit bilden und in allen Kreisen sehr ungünstige Tarife abschließen würden. Sie verlangten von ihrer Organisationsleitung die Genehmigung zum Eintritt in den Streik. Auch jetzt noch versagte dies die Organisationsleitung und gab den telegraphischen Befehl:

Vorstand und Beirat verlangen, daß Schiedsprüche der Kreisprüfkammern abgewartet werden. Befürchtung, daß Schiedsprüche wegen Teilnahme von Landarbeitern ungünstig ausfallen, wird von uns nicht geteilt. Auf rasche Erledigung durch Kreisprüfkammern ist hinzuwirken. Sollten einzelne Kreise ungünstig ausfallen, kann mit größerem Nachdruck kretsweise Kampf geführt werden.

Die Befürchtungen der Landarbeiter bestätigten sich im Kreise Kessin. Hier fand sich ein Arbeitnehmervertreter in der Sitzung der Spruchkammer am 21. Juni, der mit den Arbeitgebern zusammen in eine Verlängerung der Arbeitszeit um 137 Arbeitsstunden willigte, der gegenüber nur ein geringer Ausgleich in der Barlohnvergütung Platz greifen sollte. Der Barlohn soll 1400 Mark betragen.

Durch den geschlossenen Streik sind nun die Arbeitgeber in den anderen Kreisen doch zu der Einsicht gekommen, daß man es nicht auf einen für die Arbeiter ungünstigen Entscheid ankommen lassen dürfe. Es haben mittlerweile direkte Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmervertretern stattgefunden, die zu dem Abschluß von Tarifverträgen in den Kreisen Dramburg, Kolberg, Stolp und Schlawe führten. In den Kreisen Rummelsburg, Bublitz, Lauenburg und Bülow ist am 25. Juni verhandelt worden. Ebenso soll in Belgard und Reustettin verhandelt werden. Gegenwärtig wird nur noch gestreikt in den Kreisen Lauenburg und Kessin.

Aus Vorstehendem ist für die Bevölkerung ersichtlich, daß nicht, wie eine gewisse Presse behauptet, verbrecherische Absichten der Organisation der Landarbeiter dem Streik und einer Schädigung der Volksernährung zugrunde liegen, sondern daß nur der mangelnde Wille der Arbeitgeber bisher eine Einigung mit den Hinterpommerschen Landarbeitern vereitelt hat.

Die Brotnot im Westen.

Der Brotmangel im rheinisch-westfälischen Gebiet wird immer drückender. Als Versprechungen und Zusagen der Regierung sind Windmühlen gewesen. Der Stadt Düsseldorf sind infolgedessen neuerdings Zustände gemeldet worden. Auch ist angeordnet worden. An Ort angeordnet worden, daß Ber-

bergerien als Komitet untergleichlich und unübertrefflich, Woldebar heute, der frischste von allen und wie stets überaus erfreulich, dazu Friz Baugendorff, Edy Leuz und Ledebur — ein so künstlerisch durchgebildetes Ensemble ist in der Operette selten und begrüßenswert.

Berliner Musiknöte

Die wirtschaftlichen Nöte der Zeit greifen immer tiefer gehend in das Berliner Musikleben ein. Schon ist das Philharmonische Orchester durch finanzielle Schwierigkeiten in dem Weiterbestand seiner Konzerte ernstlich gefährdet, und nun hat auch Siegfried Ochs den folgenschweren Entschluß fassen müssen, den Philharmonischen Chor, dessen Höhe der künstlerischen Leistungen ein Stück Musikgeschichte in sich schließt, aufzulösen. Hiermit ist wieder ein Grundstein des Berliner Konzertlebens gelockert.

Große Volkssoper und Volkshöhne. Wir haben kürzlich bereits hingewiesen, daß das Projekt der „Großen Volkssoper“ als Oper der Bieranstalt greifbare Formen anzunehmen begonnen hat, insbesondere dank dem lebhaftesten Interesse, das die organisierten Theaterbesucher dem Plan entgegenbringen. Die enge Verbindung zwischen der Großen Volkssoper und der Volkshöhne soll auch bei den vom 1. August an in der Volkshöhne stattfindenden Opernvorstellungen in die Erscheinung treten. Die Anteilhaber der Volkssoper, deren Zahl sich seit der Eröffnung der zahlreichen Werbestellen in ganz Berlin erheblich vermehrt hat, erhalten zu diesen Opernvorstellungen Karten zu den halben Kassenpreisen.

Im Waldhalla-Theater findet am 15. Juli die erste Abendvorstellung des mit großem Beifall aufgenommenen Schauspiel „Die Internationale“ von G. Gallupp statt. Aufstellungen für die folgenden Tage von Betrieben u. Gewerkschaften sind baldigst an das Büro des Waldhalla-Theaters zu richten.

Eine Volkshochschule wird an der Universität Leipzig am 1. Juli ins Leben treten. Leiter ist Professor Dr. Schmeidler. — Georg Kerschke, der bekannte Münchener Schulreformer, übernimmt die Professur für Pädagogik in Leipzig.

Vorträge der Ethik-sozialistischen Arbeitsgemeinschaft finden jeden ersten Montag im Monat, abends 7 Uhr, in der Aula der 2. Gemeindeschule, Berlin W., Pallaststraße 15, statt. Erster Vortrag Montag, den 5. Juli, Dr. A. D. Wulfe: „Die Sozialisierung“ der Frau. Die Lösung der Frauenfrage in der kommenden Gesellschaft. Eintritt frei.

Lieder des Meeres heißt eine Ausstellung, die das Genetralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Str. 190 für die Zeit bis Mitte Juli veranstaltet. Die Ausstellung umfaßt eine größere Anzahl von farbigen Naturstudien des Tiermalers Paul Wandersky, Berlin, Sansow, die das Liederleben der Nordsee wie des Mittelmeeres schildern. Die Ausstellung ist von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, Sonnabends nur bis 2 Uhr unentgeltlich geöffnet.

trauensleute der Arbeiterschaft in die Düsseldorf-Mehlverteilungsstelle als Kontrolleure eintreten sollen.

Inzwischen ist beispielsweise in der Industriegemeinde Haan die Brotration auf 2 Pfund herabgesetzt worden. Das Lebensmittelamt Wald (bei Solingen) macht bekannt:

Die Mehlzufuhren waren in den letzten Tagen sehr gering, so daß die Bäcker auf die neue Brotart nur einen Teil der Wogenration ausgeben können. Sobald die zugefügten Mehlzufuhren eintreffen, wird das auf die Karte noch zustehende Brot selbstverständlich nachgeliefert.

Mit diesen Mehlbelieferungsverträgen sieht es aber lächerlich aus. Mühte doch die Düsseldorf-Mehlverteilungsstelle der Stadt Essen mitteilen, daß 10 000 der zugewiesenen Saft Weizenmehl noch nicht einmal in Antwerpen eingetroffen seien. Uebrigens wird ein Teil der erwartenden Auslandszufuhren kein Brotgetreide, sondern Reis- und Hülsenfruchtmehl bringen, aus dem auch jetzt noch das Brot fast allgemein aus mehr als zur Hälfte besteht.

Weder quantitativ noch qualitativ ist eine baldige Besserung zu erwarten. Um so empörender ist es, daß jetzt im Regierungsbezirk Aachen den Preisenbäckern große Mengen 66-prozentigen Mehls geliefert werden. Solche Verschwendung ist angesichts der Broitkatastrophe im Nachbarbezirk Standards und wirkt natürlich erbitternd.

Die Werbekraft der U. S. P. D.

Glänzender Verlauf der Versammlungen

Die Versammlungen der U. S. P. D., die gestern abend in Groß-Berlin tagten, bewiesen wieder die ungeheuerliche Werbekraft unserer Partei. Die Hoffnung der Rechtssozialisten, die da glauben, durch demagogische Ausnutzung der prinzipiellen Oppositionstellung, die die U. S. P. D. zur Regierungsbildung eingenommen hat, ihr die Massen abspenstig zu machen, wird ein großer Selbstbetrug bleiben. Unsere Versammlungen waren durchweg so gut besucht, daß vielfach Parallelversammlungen abgehalten werden mußten. Die Besucher betonen ihr vollstes Einverständnis mit der Haltung der U. S. P. D., sie gaben durch ihre Zustimmung zu erkennen, daß nur die Grundzüge der U. S. P. D., angewendet im praktischen Kampf des Tages, die Arbeiterklasse aus ihrem Elend befreien können. Die Lebensmittelsteuerung, herbeigerufen durch den schamlosen Wucher der Erzeuger, wurde eingehend erörtert, ebenso die Ursachen der Wirtschaftskrise, die immer weiter um sich greift und das Proletariat in einem steigenden Maße verelendet. Auch die Not der Erwerbslosen kam zur Sprache, und bei allen Fragen zeigten die Versammelten ihre Uebereinstimmung damit, daß der Kapitalismus die ihm gestellten Probleme nicht lösen kann, daß nur der Sozialismus den Weg zur Rettung aus der Not zeigt. Wir registrieren kurz die wichtigsten Versammlungen:

In den Germania-Sälen sprach Genosse Schwarz (Wannheim) vor etwa 3000 Personen. In der Diskussion sprach ein Postillon die traurige Lage der unteren Postbeamten, die immer mehr ins Elend geschleudert werden, ohne daß ihnen nennenswerte Hilfe wird.

Im Roabiter Gesellschaftshaus referierte Genosse Plettner (Dannover) im überfüllten Saal. In der notwendig gewordenen Parallelversammlung im Garten sprach der Genosse Hennig. Der reiche Beifall, womit die Redner unterbrochen wurden, gab den besten Beweis dafür, daß die Versammlungsbefucher vollständig mit den Zielen der U. S. P. D. einverstanden waren.

In der Böhlow-Bräuerei mußten wegen der Ueberfüllung die Tische entfernt werden. Der Saal erwies sich aber doch noch zu klein, die Versammlung wurde deshalb in den großen Garten verlegt. Genosse Scholze referierte und fand ungetrübten Beifall.

In Lichtenberg fanden zwei überfüllte Versammlungen statt. Referenten waren Genossen Wackwiz und Genosse Reich. Die Versammlung in der Parlaue nahm eine Resolution an, in der die sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung gefordert wird.

In den Andreasställen mußte wegen Ueberfüllung eine Parallelversammlung anderaumt werden. Besuch etwa 3000 Personen. Genosse Lipski (Leipzig) referierte.

In Gaumanns Festhän sprach Gen. Kogka. Auch dieser Versammlung war überfüllt, besonders stark waren die Frauen vertreten.

Vor etwa 1000 Personen sprach in Treptow-Baum-schulenweg Genosse Berthels. Eine ganze Anzahl Renaufnahmen wurden gemacht.

Zusammenbruch einer Schieberzentrale

Aus Rattowitz wird uns gemeldet:

„In dem ehemaligen Wirkungskreis des Reichs- und Staatskommissars Otto Höring (Rechtssozialist), jetzt Oberpräsident von Sachsen, des Oberbürgermeisters von Rattowitz und demokratischen Reichstagsabgeordneten und Ministerkandidaten Pohlmann, jetzt Regierungspräsident in Sachsen, und des Reichsleiters des Reichsverbandes der Arbeitervereine in Nordhaußen (Sachsen-Magdeburg-Nordhaußen) hat die Stützen des Wuchers und des Schiebertums, das sie haben groß werden lassen, endlich zusammengebrochen.“

In Rattowitz in Oberhessen wurde anlässlich der Verhaftung des Leiters des Adolphi Lebensmittellamts, Sekretär Paschler ein endlose Schieberaffäre ausgedeckt, in deren Verlauf bisher nach und nach folgende Personen verhaftet wurden: Volkereiheführer Hoffmann, Frau Hoffmann, Frau Paschlerin, Frau Regierungsrat Federmann, die Schwägerin des Paschlerin, Bureauclerk Anna Schuis, Mitarbeiterin des P. Großbäckerei-Inhaber Martitz, Magistrats-Sekretär Hain, Bankbeamter Paul, Gemüsegroßhändler Bobo Baun, der Kaufmann und rechtssozialistische Funktionär Gottbill, ein Bruder des oben genannten Landrats, sämtlich aus Rattowitz, ferner der Leiter der Festverforgungs-Kasse für ganz Oberhessen, Sekretär Rothmann aus Oppeln. Ein Teil der festgenommenen wurde in schließlichen Luxusbädern verhaftet. Weitere Festnahmen stehen bevor. Die Staatsanwaltschaft hat eine besondere Abteilung der Bearbeitung dieses Falles geschaffen, mit dem Sitz in Rattowitz. Es hat sich herausgestellt, daß der Wert der verschobenen Ware (Kartoffeln, Butter, Zucker, Mehl, Gemüse) in die Hunderttausende geht, wobei auch die Stadt in Mitleidenschaft gezogen wurde.“

So wird in der oberhessischen Presse berichtet. Interessant an der ganzen Geschichte ist, daß der Magistrat der Stadt Rattowitz schon seit Jahren vor Paschlerin gewarnt wurde, diesem aber immermehr Glauben schenkte als den Anklägern. Schon 1917 hatte der damalige Lebensmittellamts-Stadtrat Dame sein Amt niedergelegt. 1919 tat sein Nachfolger, Stadtrat Guttman, dasselbe. Aber der damalige Oberbürgermeister Pohlmann ließ weder die Stadträte Dame und Guttman fallen, als daß er dem Paschlerin das Vertrauen verleierte. Preßstellen, Beleidigungsklagen, alles wurde in den Wind geschlagen. Die Bureaukratie legte. Als es sich in Rattowitz bei einer ähnlichen Schieberaffäre herausstellte, daß der dortige Bürgermeister Dr. Heuser dem behördlichen Spektakel Morogalla zu viel Vertrauen geschenkt habe, fuhr Dr. Heuser nach Preußen und erschloß sich. Die Herren Pohlmann, Höring und Gottbill aber gehen nach Sachsen und bleiben Vertrauensleute der Regierung.

Wenn einmal irgendwo ein autoritärer Windbeutel im Besitz von fünf Pfund geschobener oder geschämterter Butter tappi wird, dann posieren dies alle bürgerlichen und rechtssozialistischen Blätter aus mit der fettgedruckten Ueberschrift: „Praktischer Kommunismus“. Was aber in Rattowitz aufgedeckt wurde, daß ist das System, unter dem das Volk die ganze Argezeit hindurch zu leiden hatte. Ist unter den Verhafteten ein einziger Proletarier zu finden? Wenn Ober-

schleien oder ein Teil davon dem Deutschen Reich verloren gehen sollte, Herr Höring, Otto und Herr Pohlmann, Sie sind schuld daran, denn sie haben solche Zustände groß werden lassen!

Deutscher pazifistischer Studentenbund. Am Montag, den 5. Juli, abends 7 1/2 Uhr, spricht Dr. Max Dori im Auditorium 33 der Universität über das Thema „Der Weg zum Pazifismus“.

Ublehnung des Frauenstimmrechts in Belgien. Die Kammer hat bei der Debatte über die Verfassungsrevision den Antrag eines katholischen Abgeordneten auf Einführung des Frauenstimmrechts mit 89 gegen 75 Stimmen abgelehnt.

Die Gewerkschaftskommission zur Betriebsrätefrage

Vor Eingang in die Tagesordnung beschloß die Versammlung, daß zwei der vom Zentralverband aufgeschlossenen Delegierten an den Verhandlungen nicht teilnehmen können, da eine Ueberprüfung der Berechtigung des Ausschlusses in der Gewerkschaftskommission nicht erfolgen kann.

Genosse Ruch übermittelte die Einladung eines russischen Gewerkschaftsführers eine Studienkommission nach Rußland zu senden. Diese Kommission soll sich vor allem informieren über Ausfuhrmöglichkeiten von Rohstoffen und Nahrungsmitteln aus Rußland, über Absatzmöglichkeiten für die deutsche Industrie, über Auswanderungsmöglichkeiten. Er verwies darauf, daß im Jahre 1913, 25 000 Menschen aus Deutschland zum größten Teil nach Amerika und Australien ausgewandert sind. Neue Absatzmöglichkeiten für die drängenden Auswanderer sind jetzt nur in Rußland zu finden. Die deutsche Einfuhr aus Rußland war 1918 fast so groß wie die aus Amerika. Außer Nahrungsmitteln hat uns Rußland Grubenböden, Mangan, Platin und Silbererze geliefert. Auch die deutsche Ausfuhr dorthin war von Bedeutung. Rußland ist in der Lage und hat den Willen deutsche Erzeugnisse abzunehmen. Wenn die Friedensverträge unseren Verkehr mit Rußland unterbinden, und wenn wir die Verträge ändern wollen, müssen wir den Arbeitern der Entente zeigen, daß der deutschen Arbeiterschaft die Möglichkeit genommen wird, sich zu ernähren. Deutsche Arbeiter sollen festhalten, ob Rußland die Macht hat, Verträge abzuschließen und einzuhalten. Der Kommission wird völlige Bewegungsfreiheit und Unabhängigkeit zugesichert. — Der Antrag Ruch wird angenommen und durch Stimmzettel werden Ruch, Siegle und Czerni in die Studienkommission gewählt.

In der Fortsetzung der Diskussion über die Betriebsrätefrage sprach zuerst Siegle. Wenn man den Gewerkschaften nur die Aufgabe zuweisen will, Lohnkämpfe zu führen und Tarife abzuschließen, dann wäre es nicht notwendig gewesen, sie zu revolutionieren. Die Räteorganisation sollte ursprünglich erst aufgebaut werden, wenn die Arbeiterschaft die wirtschaftliche Macht erlangt hat. Durch das Betriebsrätegesetz haben sie wesentliche Aufgaben der Gewerkschaften erhalten. Wenn die Gewerkschaften die Mittel aufbringen, müssen sie das Recht haben, über die Verwendung der Mittel uneingeschränkt zu bestimmen, und zwar die Gesamtheit der Mitglieder, nicht die Jufanzen. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission unterbreitet folgende Erklärung zur Annahme:

Die Generalversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin sahte am 24. Juni 1920 den Beschluß, neben den Gewerkschaften eine selbständige Organisation der Betriebsräte aufzubauen. Die Betriebsräte haben weiter ausgesprochen, daß über diese Organisationsform nicht die Arbeiter- und Angestelltenchaft, sondern die Betriebsräte selbst zu entscheiden haben. Trotz dieser klaren und eindeutigen Stellungnahme soll nochmals der Versuch gemacht werden, eine Verständigung zwischen der Betriebsrätezentrale, Rätezentrale und der Gewerkschaftskommission herbeizuführen. Auch die Gewerkschaftskommission ist durchaus der Meinung, daß eine Verständigung und ein Zusammenarbeiten der Betriebsräte mit den Gewerkschaften zwingende Notwendigkeit ist.

Die Gewerkschaftskommission steht deshalb nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine selbständige Betriebsräteorganisation von den Gewerkschaften nicht als berechtigt anerkannt werden kann, den Betriebsräten aber innerhalb der Gewerkschaften ihre volle Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit garantiert werden soll. Die Finanzierung der Betriebsräte ist ausschließlich Sache der Gewerkschaften. In dem die Gewerkschaftskommission nochmals diesen grundsätzlichen Standpunkt betont, spricht sie die Erwartung aus, daß die Betriebsrätezentrale ihren unähnlichen Standpunkt aufgibt und sich für Interesse der Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft dieser Aufassung anschließt, denn nur die Zusammenfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften und ihrer Mitarbeit in ihnen verbürgt der gesamten Arbeiterklasse bei den bevorstehenden wirtschaftlichen und politischen Kämpfen den endgültigen Sieg.

Genosse Maljahn: Von Seiten des Parteivorstandes ist auf Grund des Aktionsprogrammes darauf hingewiesen worden, daß sie an der Selbständigkeit der Räteorganisation festhalten. Im ersten Entwurf der Gewerkschaftskommission heißt es: Die Generalversammlung der Betriebsräte entscheidet über technische und organisatorische Fragen selbständig. Erst in den weiteren Verhandlungen hat man immer neue Schwierigkeiten hinzugebracht. Wir gehen durch die steigende Arbeitslosigkeit und Lenkung der schweren Kämpfe entgegen, und wir wissen, daß diese mit-schwerenden Abwehrkämpfe nicht von den Gewerkschaften finanziert werden können. Die Arbeiterschaft wird trotzdem diese Kämpfe und den Kampf um ihre Räteorganisation durchführen müssen. Wenn man schon das Umlageverfahren einführt, soll man doch das Vertrauen haben, daß diese Mittel nicht ansinnig verwendet werden, da ja doch die Gewerkschaften durch ihre Vertreter in der Zentrale mitbestimmen und ihnen Kontrollrechte zugesprochen sind. Wir können auch nur bis zur Ueberbringer revolutionären Ueberzeugung nachgeben. Die Erklärung des Ausschusses magt jede weitere Verständigung fast unmöglich.

Genosse Reimann: Wenn wir die Betriebsräte erfassen und schulen, besteht niemals die Gefahr, daß sie zu Instrumenten der Arbeitgemeinschaft werden können. Wenn sie den Gewerkschaften die Betriebsräte nehmen, nehmen sie ihnen das Rückgrat. Wir brauchen in den kommenden Kämpfen die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiter.

Genosse Ziska: Man fürchtet hier den klaren Standpunkt zum Ausdruck zu bringen, der sich gegen die Richtlinien des Gewerkschaftsbundes wendet, um die Gefahren und Konsequenzen, die sich daraus ergeben können, nicht auf sich nehmen zu müssen. Alle Gewaltmaßnahmen der schweinsocialistischen Regierung haben nicht vermocht, den Rätegedanken in der Arbeiterschaft zu vernichten. Diesen Gedanken wird auch die Gewerkschaftskommission nicht ignorieren können. In der Frage der Finanzierung ist die Betriebsrätezentrale von ihrem feinerzeitigen Standpunkt abgegangen und habe den Standpunkt der Gewerkschaftskommission akzeptiert. Auch in der Frage der Kontrolle wird eine Einigung erzielt werden, wenn wir zu den Vertretern der Gewerkschaften Vertrauen haben. Ein Ausweg wäre auch die Aufstellung eines Gremiums für die provisorische Rätezentrale, in dessen Grenzen sie ihre Ausgaben halten möchte. Wir müssen den Mut aufbringen, unser eigenes Arbeitsergebnis, selbst gegen den Gewerkschaftsbund zu verteidigen. Zwingen wir die Betriebsräte-Zentrale gegen uns zu arbeiten, so wird die Revolutionierung der Gewerkschaften ins Ungewisse verzögert.

Die Debatte wurde nun geschlossen. Von den Referenten sprechen im Schlußwort Rörpel (Ksa) und Reimann (U. S. P. D.) gegen die Einigung. Richard Müller vertritt den Standpunkt der Betriebsrätezentrale und Bolmerhaus die Erklärung des Ausschusses.

Nach verschiedenen Richtigerstellungen ergab die Abstimmung 78 Stimmen für und 51 Stimmen gegen die Erklärung des Ausschusses der Gewerkschaftskommission. Genosse Ruch beantragte, daß der Ausschuss beauftragt wird, erneut in Verhandlungen einzutreten, was vom Vorstehenden Genossen Sabotz zugesichert wurde.

